

D O L L E, HEIKE, DIRK > c/o Zum Knappe 7 > 37186] Moringen

Landtag Niedersachsen  
z.H. Petitionsausschuss  
Hannah-Arendt-Platz 1

30159 Hannover

Blankenhagen, 14.03.2022

### **Petition Heike und Dirk Dolle**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sind eine Landwirtschaftsfamilie aus Südniedersachsen (Raum Göttingen/ Northeim) und Mitglieder „Hanseaten“ der HANSE INTERATIONAL | VAN TULP CONSULTING. 1998 haben wir einen Sauenstall für ca. 250 Sauen und 2003 einen Ferkelstall für ca. 1000 Aufzuchtferkel in Eigenleistung gebaut, nebenbei noch 30ha Acker bewirtschaftet und eine kleine Direktvermarktung (Hausschlachtung und Wurstverkauf) betrieben. 2006/2007 wurden unsere Ferkelchargen (250 Ferkel vierzehntägig) zu klein für den Markt. Also entschieden wir uns für eine Erweiterung zum geschlossenem System, Maststall und Halle mit Futter/Getreidelager.

15.09.2011 AK: 8O 124/10 Berufung AK: 8U 172/11 OGV: AK: DR II 604/13, DR I 563/13 02.02.2013 6AM  
912/13

Wir beauftragten einen Architekten, der mit dem Bau von Schlüsselfertigen Schweineställen warb. Er versprach innerhalb von drei Monaten den Bauantrag fertig zur Genehmigung vorzulegen und zu beginnen. Leider vergaß er, daß noch ein Umweltverträglichkeitsverfahren (Blimsch) durchgeführt werden musste, weil es zur Baugenehmigung gehörte. Da er sich weigerte sich darum zu kümmern, machten wir das selbst. Der Bau verzögerte sich um drei Monate, es gab einen Rechtsstreit, weil es keine Einigung mit dem Bauunternehmer gab. Er bestand auf den vollen Betrag für nicht erbrachte Leistung. Wir nahmen uns einen Rechtsanwalt. Vor Gericht wurden wir von der Richterin „als Bauern die nicht bezahlen wollen“ bezeichnet. Das Urteil wurde ohne Unterschrift einer Gerichtsvollzieherin übergeben, die uns dann mit 10 Polizisten am Stall auflauerte und eine eidesstattliche Versicherung erpresste unter Androhung von Erzwingungshaft.

Durch die Verzögerung der Baumaßnahme, kamen wir mit unserer ersten Mastschweinvermarktung genau in den Dioxinskandal, welchen Konzerne verursachten, aber wir nur 1€ für das Kilo Mastschwein bekamen. Die Futterkosten schnellten in die Höhe. Dazu kamen ausgedachte Steuerforderungen, obwohl kein Einkommen vorhanden war.

2014 schlossen wir uns einer SD Admin Ewiv an, um Steuern zu senken. Bei einer Steuerprüfung wurde eine Umsatzsteuerverschiebung festgestellt, die aber schon korrigiert war. Trotzdem leitete die Steuerfahndung Braunschweig ein Verfahren ein. Steuerhinterziehung konnte nicht festgestellt werden, trotzdem sollten wir Strafen von ca 6000€ bezahlen. Wir weigerten uns, weil unschuldig, dann Amtsgericht Göttingen Strafbefehl.

AK: N Z S 9 Cs 53 Js 15592/16

Dazu kam der Landkreis Northeim mit einer Prüfung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (Bimsch), wo wir um eine Terminverschiebung baten, weil wir zeitgleich einen Termin bei der Firma Plocher in Meersburg hat-

ten. Derzeit hatten wir schon Produkte der Firma Plocher eingesetzt, um Chemie und Immissionen zu vermeiden, Acker und Tiere zu heilen. Wir setzten dazu Gentechnikfreies Soja und Zeolith zur Entgiftung ein mit großem Erfolg, was sich in der Belegungsdichte widerspiegelte. Leider interessierte das die unfreundliche Dame vom Landkreis nicht und sie führte die Prüfung ohne unser Beisein mit mehreren Kollegen und Polizeischutz durch. Wir bekamen einen Maßnahmenkatalog und eine Strafe von 20000€, die wir nicht bezahlen konnten, weil kein Geld. Daraufhin wollte der Landkreis die Stallungen stilllegen.

AK: FB 21 /322306 AK: 1 W 44/17 AK: 5XIV 1618 L

Wir versuchten mittels des Grundgesetzes uns zu wehren. Daraufhin wurden wir als „Reichsbürger“ abgestempelt und mir(Dirk) wurden 2017 mein Jagdschein und meine Jagdgewehre von Landkreismitarbeitern und ca 12 Polizisten entzogen. Ein Urteil vom OLG Braunschweig, daß der Landkreis und das Amtsgericht Northeim rechtswidrig gehandelt haben, interessierte ebenfalls niemanden.

Das alles enttäuschte uns sehr und wir suchten uns Hilfe bei Wahrheitssuchenden.

STNR: 35/241/11957 AK: 2019/02404/3-672, 2018/00232/5-628 AG Gö AK:NZS 53 Js 7523/18 VRs

2018 verwarfen Steuerprüfer unsere korrekte Buchführung und schätzten uns 140000€ Steuerlast an. Die Stadt Moringen hängt sich mit 18000€ Gewerbesteuern daran. Unser Konto bei der Volksbank Solling e.G wurde ständig leergepfändet, so das wir zeitweise nicht wussten wovon wir leben sollten, da wir uns auch keine Löhne auszahlen konnten, vom Futterkauf ganz zu schweigen. Wir wurden mit Strafbefehlen überschüttet. Uns wurde kein Gehör geschenkt. Da die Volksbank uns keine Kredite mehr gewährte, forderten wir sie auf uns bitte einen Nachweis der bestehenden Schuld zu bringen, dieses ist nicht passiert. Die VB verkaufte unsere Kredite an die BAG Hamm, die jeweils von uns beiden die gesamte Kreditsumme haben wollte.

NZS 600 Js 11597/21 NZS 9 Cs 53 Js 33468/17

Im Herbst 2019 wurde ich auf dem Wochenmarkt, wo wir unsere Produkte verkauften, von 10 Polizisten überfallen und in die JVA Rosdorf verschleppt. Während der Haft wurde mir wieder die eidesstattliche Versicherung erpresst. Nach Zahlung von ca 40000€ für meine Frau und mich, ließen sie mich ein paar Tage später frei.

NZS XVII D 452, 5 XVII D 456

Zwischenzeitlich versuchte man mich (Dirk) zweimalig in Betreuung (04.01.2021, 01.03.2021) zu nehmen. Wir konnten beide Verfahren zu unseren Gunsten beenden.

AK: NZS 6 K 9/20, NZS 6 K 8/20 6 M 555/21 15 O 214/20

Hinter unserem Rücken wurden Grundbucheinträge vorgenommen und die Zwangsvollstreckung eingeleitet. Wir setzten uns mit allen Mitteln die wir zur Verfügung hatten zur Wehr. Alle vorher benannten wurden einbezogen: Landrat, Bürgermeister, Finanzamt, Notar, Rechtsanwälte, Staatsanwaltschaft, Gerichtsvollzieher, Amtsgericht, Landgericht, Banken Polizei, JVA, welche uns im Gegenzug wegen Nötigung, Erpressung, übler Nachrede anzeigten.

AK: NZS 9 Ds 508 Js 8291/20

Wegen nicht Erscheinen vor Gericht: Haftbefehl, Hausdurchsuchung(die dritte) U-Haft bis zur Verhandlung. Wo ich aber nach 6 Tagen raus kam, weil ich alle Maßnahmen (zweimal die Woche bis zur Verhandlung bei der Polizei melden) befolgen wollte. Meine Frau musste sich einer erkennungsdienstlichen Behandlung fügen und ihr wurde die eidesstattliche Versicherung erpresst. Ansonsten drohten sie ihr mit Haft und Verschleppung unserer jüngsten Tochter(16) in eine stationäre Jugendeinrichtung. Auch meine Frau Heike muss sich 2 mal die Woche, bis zur Verhandlung bei der Polizei melden.

AK: 5 O 14/21 AK: 4 O 354/21 Obergerichtsvollzieher AK: DR II 309/21

Ausserdem verrechnete sich die EON Energie Deutschland bei unserer Stromabrechnung in einem Zeitraum von zehn Jahren und berechnete uns ihren Fehler. Zehn Jahre rückwärts sollten wir Strom in Höhe von ca 50.000€ bezahlen. Das taten wir nicht, weil nicht rechtens. Sie stellten uns im Stallgebäude den Strom ab. Natürlich mit Polizeischutz.

Nach ca 14 Jahren Ausbeutung, Plünderung, Demütigung, Denunzierung, weiße Folter, Erpressung, Nötigung, Freiheitsberaubung, 3 Hausdurchsuchungen mit Beschlagnahme unserer Gegenstände, ist unser einst gut laufender, umweltfreundlicher(ohne Gift und Gen)Betrieb und unser Hofladen sehr in Mitleidenschaft gezogen worden.

AK: 6 M 548/21, 6M 553/21, 6M 160/22 6M 161/22 GZ: 030554-2021-4920-G300104

Da wir durch die schlechte wirtschaftliche Lage und der willkürlichen Ausbeutung Landwirtschaftlicher Familienbetriebe, kaum mehr Alterskasse, Krankenversicherung, Landwirtschaftskammer usw. bezahlen konnten und können, hagelte es weiterhin Haftbefehle.

Wir wurden in unrechtsstaatlicher Weise terrorisiert; im erheblichen Maße sind daher wir Menschen in

- a) unserer Würde angetastet (Art. 1 GG der Bundesrepublik Deutschland )
- b) unserer Freiheit beraubt
- c) unserer Lebenszeit beschnitten

worden. Dies führt zu Schadenersatzforderungen.

### **Schadenersatz**

Wirtschaftlicher Schaden durch oben genannte Verfahren:

= € 658.000

Entgangener Gewinn:

= € 140.453,94 x 24 Jahre ( 1998 – 2022)

= € 3.370.894,56

- a) Terror (Antasten der Würde des Menschen | Freiheitsberaubung)

Der hier entstandene Schaden ist in der staatsseitigen Terrorisierung in einem Rechtsstaat zu sehen, was in einem solchen nicht zulässig ist.

1 Jahr „Terroristischer Akt“ (Ca. € 15 Mio. : 80 Jahre)

= € 187.500,00 x 24 Jahre (1998 – 2022)

= € 4,5 Mio.

b) Entgangene Lebenszeit

Der hier nachweislich entstandene Terror ist im Menschenrecht zu sehen und damit als Verlust von Lebenszeit und Gesundheit zu bewerten.

1 Jahr „Terroristischer Akt“ (Ca. € 15 Mio. : 80 Jahre)

= € 187.500,00 x 24 Jahre (1998 – 2022)

= € 4,5 Mio.

-----  
Gesamt

= € 13.028.894,56 Schadenersatz zzgl. Zins, Zinseszins, Inflation (Zu berechnen zum Zeitpunkt der Auszahlung).

Mit freundlichen Hanse Gruß

D O L L E, HEIKE und DIRK